

## Das war es

Und das soll es nun gewesen sein? Nach sechs Wochen gewichtigen Getuschels, geschäftigen Intrigierens und rührigen Stuhlbeinsägens?

Auf Kohls Kanzler-Schreibtisch blieb ein Zettelkasten zurück, voller kläglicher Versuche, konservativ-liberal der 90er Jahre Herr zu werden: Formelkompromisse, vertagte Beschlüsse, ausgeklammerte Entscheidungen.

Zu reden wäre gewesen über zweieinhalb Millionen Arbeitslose, einen deroutierten Bauernstand, die zerrinnende Konjunktur. Auf der Tagesordnung hätte eine „Reform“ des Steuersystems stehen müssen, finanziert aus dem Abbau überflüssiger Subventionen, das Gesundshrumpfen des sündhaft teuren Gesundheitswesens, die Sanierung der Rentenversicherung. Wo blieben die klaren Entscheidungen über Außen- und Deutschlandpolitik, Entspannung und Raketenabbau, innere Sicherheit und Aids-Bekämpfung?

Auf einen Kanzler hätte es ankommen sollen, der nicht nur die eigene Machtfrage stellt, sondern die seiner Koalition; die Frage nach Regierungswillen und Regierungsfähigkeit einer Parteienkonstellation, die großspurig versprochen hatte, Deutschland jenseits rot-grüner Wanderpfade in die Zukunft zu führen.

Statt dessen ein disparater Interessenverein, der sich zwar auf den Wählerwillen berufen kann, sich günstigenfalls aber aufrafft, die jeweils eigene Klientel zu Lasten des Partners zu bedienen.

An unterschiedlichen Theken servierten Strauß und Blüm, Bagemann und Geißler, Zimmermann und Baum, Süsmuth und Gauweiler. Der Wirt wartete im Séparée, bis das Freibier ausgeschenkt, die Milch der faulen Denkungsart verschüttet war.

Es kann doch nicht alles nur Autosuggestion gewesen sein, wenn die Deutschen die Autorität eines Adenauer, die Visionen eines Brandt, die Kompetenz eines Schmidt honorierten. *Tempi passati?* Auch grauer politischer Alltag kann sich nicht nur im Sitzfleisch eines Pfälzers erschöpfen, der beschlossen hat, Kanzler zu werden und es um den Preis allseitiger politischer Lähmung zu bleiben.

Aus dem Vorrat an Gemeinsamkeiten, oft beschworener Garantieförmel für ein Fortbestehen angejahrter Ehen, ist nach nur viereinhalb

Jahren ein Vorrat nur mühsam oder schon gar nicht mehr überbrückbarer Gegensätze geworden, aus dem ein jeder das Seine zu retten trachtet, der Kanzler das Beste für sich.

Aber selbst das entgleitet dem einst wegen seines traumhaft sicheren parteitaktischen Geschicks respektierten Kohl. Das Stühlerücken im Kabinettsaal, seit zwei Jahren im Blick auf die 90er Schicksalsjahre „Revirement“ genannt, geriet zur Reise nach Jerusalem.

Kein schneidiger Abgang Zimmermanns, dessen Posten von Strauß zur Disposition gestellt worden war für den Fall, daß es nicht zu den konservativen Law-and-order-Rigorismen kommen sollte, ohne die angeblich Staatsfeinde nicht mehr einzufangen sind. Kein Demissionsbrief Stoltenbergs, dessen Steuergeschenke vor derhand unbezahlt bleiben und dessen Posten Kohl seinem Freund Strauß feilgeboten hatte.

Kein Zapfenstreich für den überhitzten Wörner. Kein Muß-i-denn für den Selbstbediener Schwarz-Schilling. Kein Halali für den gehetzten Hasen Kiechle. Kein stilles Gedenken für den schweigsamen Engelhard.

Statt dessen zur falschen Zeit auf den falschen Stühlen der „Riesenstaatsmann Mümmelmann“ und der „gefinkelte Mafioso“ Johnny Klein, wie die Neuen an Kohls Liedertafel von eigenen Koalitions- und Parteifreunden tituliert werden.

Weiter so soll es gehen: Mit dem angebrochenen Riesen Stoltenberg, einem sozial geschrumpften Blüm, mit Wall- und Bagemann – der eine mit dem Standbein im Kabinett, dem Spielbein in Hessen; der andere schon mit beiden Beinen auf dem Sprung nach Brüssel. Mit Freidemokraten, die sich an ihren 9,1 Prozent Wählerstimmen und vier Kabinetts-posten berauschen, Teilzeitsieger im Fingerhakeln mit der CDU, die sich von Kohl verkauft fühlt.

Das war es denn also – das Ganze nicht der Rede wert und zum Vergessen, würden seine Folgen sich nicht von selber in Erinnerung bringen. Schneller und schlimmer, als es der damalige Oppositionspolitiker Strauß dem regierenden Sozialliberalen an den Hals gewünscht hatte.

Schon geht im alten Wasserwerk am Rhein der Geist von Sonthofen um, klammheimlich noch – aber schon zählbar.

barten Grundsätzen angeboten, unter den Ministerien, mit Ausnahme der von der FDP verwalteten Ministerien, eines nach meiner Wahl zu übernehmen und damit auch die Stellvertretung des Bundeskanzlers zu verbinden. Ich danke für dieses ehrenwerte Angebot.“

Den Schaden aus Kohls Touren – auf Kosten der Partei und ihres populären Vize Stoltenberg – versuchte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler nach Abschluß des Koalitionsgezänks zu begrenzen. Ihm mißfiel, daß der Kanzler seinen schärfsten Konkurrenten, der im Koalitionsstreit eine überraschend schwache Figur abgegeben hatte, auch noch öffentlich herabsetzen wollte.

Wider besseres Wissen stellte der CDU-General den Vorsitzenden der Schwesterpartei als Aufschneider hin, der Kohls Offerte überinterpretiert habe. Geißler: „Das ist eine Erfindung des Franz Josef, wenn er behauptet, er hätte dem Gerhard Stoltenberg das Finanzministerium wegnehmen können. Das hätte eine Revolution in der CDU gegeben.“

Kohls Entschlossenheit, alles und jeden seinem Verbleiben im Amt unterzuordnen, läßt die CDU als größte der drei Koalitionsparteien noch mieser dastehen, als sie es nach den Verlusten bei der Bundestagswahl verdient hat.

Die Quittung für sein Verhalten bekam der Mann aus Oggersheim bei der Kanzlerwahl: Fünfzehn Abgeordnete des eigenen Lagers verweigerten ihm die Gefolgschaft. Mit 253 Ja-Stimmen blieb er knapp über der Kanzlermehrheit (249). Geißler: „Das ist schon was.“

Sechs Wochen nach Kohls bitterem Wahlsieg mit 4,5 Prozent Minus für die Union und 2,1 Prozent Plus für den liberalen Koalitionspartner startet die Union mit lädiierter Führung und angeknackstem Selbstbewußtsein in eine Serie von fünf Landtagswahlen. Schon im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode, die eine „kreative“ (Kurt Biedenkopf) werden sollte, kann es für Kohl um Kopf und Kragen gehen. In der Parteiführung wird bereits die Bedingung für Kohls Verbleiben im Amt diskutiert: Die Union müsse ihre Mehrheit im Bundesrat behalten, die ihr ein Regieren ohne Rücksicht auf SPD-regierte Länder garantiere.

Wenn die CDU am 5. April bei der vorgezogenen Landtagswahl nicht die Wende im traditionell roten Hessen schafft, ist die Unionsmehrheit in der Länderkammer nur durch Siege in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zu halten; in beiden Ländern sind nach Umfragen die absoluten Mehrheiten der Schwarzen gefährdet. Von CDU-Strategen wird es zudem als gefährlich angesehen, sollten in Hessen erstmals in der Republik Rote und Grüne für ein Regierungsbündnis gewählt werden. Blüm: „Das wäre eine historische Zäsur.“

Wenn der Souverän in Hessen zum ersten Mal per Stimmzettel das Bündnis einer etablierten Partei mit den Ökopa-